Lotto-Spieler Helga, Uwe Schradieck
Die Chancen standen 1:31500000000000

gen, während er dennoch das volle Risiko tragen muß, der wurde im Laufe der Jahre von zahlreichen Gerichten eines anderen belehrt.

Zwar entschied das Hanseatische Oberlandesgericht immerhin, die Teilnahmebedingungen seien eine „außerordentliche Härte gerade für den gutgläubigen Wetter" — gleichwohl sind sie „nicht sittenwidrig", wie das Landgericht München darlegte. Auch kann „ein Anspruch" gegen das Lotto „nicht aus einem Verschulden des Personals der Annahmestelle hergeleitet werden", wie das Kölner Landgericht bereits 1959 befand.

Ziel der unpopulären Regelung ist es, Betrugsversuchen vorzubeugen und „ehrliche Wetter zu schützen" (Landgericht Kiel), deren Gewinnquote durch Betrug geschmälert werden könnte. Dabei scheint das Lotto-Sicherheitssystem perfekt: Ein Tippscheinteil verbleibt beim Wetter, ein zweiter bei der Annahmestelle; der sogenannte Spielabschnitt geht in die Zentrale und wird dort vor der Ausspielung auf Mikrofilm festgehalten.

Dennoch versuchte immer mal wieder einer, das System am vermeintlich schwachen Punkt zu überlisten. Ziemlich einfach hatte es sich ein Bergmann aus Castrop-Rauxel machen wollen, der 1959 eine der damals noch gebräuchlichen Banderolen stahl. Er pappte sie auf seinen Schein, warf die Kontrollscheine weg, schrieb nach der Auslosung die gezogenen Zahlen auf und präsentierte den angeblichen Hauptgewinn, für den er eine halbe Million Mark kassieren wollte.

Raffinierter machte es ein Schreinergeselle im Rheinischen. Er gab ordnungsgemäß seinen Schein ab, und bei der Abendkontrolle in der Annahmestelle war denn auch noch alles in Ordnung. Nachts kam der Schreiner mit einem Nachschlüssel, nahm den Kontrollschein wieder mit, ließ ihn verschwinden und verlangte am Montag den Gewinn für fünf Richtige mit Zusatzzahl.

Damals registrierten die Lotto-Gesellschaften noch beinahe jede Woche ihren „Betrüger vom Dienst" (NRW-Lotto-Vorstandsmitglied Lothar Lammers), später schien die kriminelle Energie der Lottospieler zu erlahmen. Durchweg waren die Manipulationen auch klar als Betrugsversuche zu erkennen. Der Nachweis glückte indessen nicht sehr oft, weil schwer zu klären war, wie die Kontrollabschnitte verschwanden.

Das saarländische Lotto mußte zwei Jahre mit einem jungen Franzosen herumprozessieren, der auf einen im Grenzort Ittersdorf abgegebenen Tippschein eine Million Mark Gewinn beanspruchte. Gewitzter als andere, die auf irgendeine Weise die in der Annahmestelle verbleibenden Scheinabschnitte hinwegeskamotierten, machte es der Grenzgänger, wie Hans Josef Christ von der Saarland-Sporttoto GmbH meint, „nach aller Wahrscheinlichkeit" so: In einem unbewachten Augenblick griff er sich einen Blanko-Wettschein, steckte ihn in die Registriermaschine und verschwand. Nach der Auslosung füllte er die leeren Spalten aus, erschien am Montag erneut in der Annahmestelle und brachte es fertig, die beiden Kontrollabschnitte unter der Theke unterzubringen, wo sie erst am folgenden Donnerstag gefunden wurden.

Sein Anspruch auf Gewinnauszahlung wurde vom Landgericht Saarbrükken mit Hinweis auf die Teilnahmebedingungen abgelehnt, die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen ihn wurden eingestellt.

Immerhin war es, so Christ, „der erste Fall dieser Art", in dem alle Abschnitte eines registrierten und scheinbar ordnungsgemäß ausgefüllten Wettscheins mit Höchstgewinn nachträglich aufgefunden wurden — bis sich in Hamburg Fall Nummer zwei ereignete.

Auch der Schradieck-Tippschein war registriert und numeriert worden — nur war er, als die Lotto-Annahmestelle am Freitag abend schloß, verschwunden. Am selben Abend erstattete die Annahmestelle, wie üblich, Verlustanzeige bei der Lotto-Zentrale. Am Montag meldete sich der Inhaber mit Gewinnanspruch, zugleich fanden sich die beiden vermißten Abschnitte, mit Registernummer und sechs Gewinnzahlen, unter alten Zeitungen wieder. War der „irre Zufall" (Meyerdiercks) eingetreten, daß ein einziger Schein verschwindet, und ausgerechnet der enthält den Haupttreffer?

Schradieck-Anwalt Wolter setzt auf diesen Zufall und will die Sache „durchkämpfen". Die Lotto-Gesellschaft gibt sich derweil gelassen. Sie hat der Festsetzung des Streitwerts auf 41 000 Mark zugestimmt, damit die Kosten niedrig gehalten werden können und der Fall zugleich revisionsfähig bis zum Bundesgerichtshof wird. Sie hat auch zugesagt, falls der Kläger gewinnen sollte, statt der 41 000 gleich 1,5 Millionen Mark zu zahlen — „falls", so Meyerdiercks.

Nur wurden zivilrechtliche Verfahren auf Gewinnauszahlung oder Schadenersatz noch nie gewonnen. Die Lotto-Gesellschaften blieben stets siegreich.

AFFÄREN

Nichts zu holen

Der Mißgriff der Bremer Treuhand, die in Algerien einige hundert Millionen Mark verspielte, droht auf die Landesbank überzugreifen. Selbst die Neue Heimat könnte weiteres Geld verlieren.

Colonel Abd el-Madschid Auschisch, Algeriens neuer Wohnungsbauminister, setzte Mitte Juli drei ranghohe Spezialisten nach Deutschland in Marsch.

Der Jurist Aniss Morsly suchte in München den international erfahrenen Konkursanwalt Dieter Wechtenbruch auf und trug ihm ein hochdotiertes Mandat an.

Der Techniker Badr el-Din Iman sprach in Düsseldorf beim Vorstandschef des Baukonzerns Beton- und Mo-

Neue-Heimat-Chef Vietor
Spätes Bekenntnis zur Tochter

Treuhand-Anlage Ku'damm-Eck: Eilbrief an die Fondskunden

nierbau Heinz-Friedrich Hoppe vor. „Der wollte", so Hoppe, der schon mit einem neuen Großauftrag gerechnet hatte, „nur alles mögliche über die Bremer Treuhand wissen."

Und siebzig Kilometer rheinaufwärts, in der algerischen Botschaft an der Godesberger Poststraße, belegte der dritte Mann aus Algerien, der Finanzexperte Nur el-Din Aisani, inzwischen den Reisegrund der drei mit nüchternen Zahlen: Er errechnete Forderungen seines Landes gegen erste deutsche Adressen in Höhe von mehr als 250 Millionen Mark.

Fünf Wochen nachdem die Manager der Bauträgergruppe Bremer Treuhand den Vergleichsrichter bemüht hatten, wollen ihre algerischen Auftraggeber nun mit Hilfe deutscher Richter dreistellige Millionenbeträge bei Eigentümern und Bürgen des zusammengebrochenen Immobilien-Imperiums eintreiben. „Bei der uns so hochgepriesenen Bremer Treuhand", erkannte der Algerien-Gesandte Morsly, „ist wohl kaum noch etwas zu holen."

Vor dem Vertrag mit den Bremern, die den Algeriern 5050 Wohnungen bauen sollten, hatten die Algerier bei deren Hausbank, der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), Referenzen eingeholt. „Erst nach diesen ausgezeichneten Auskünften" (Morsly) waren sie bereit, den Bremer Billiganbietern den Zuschlag über das Bauprojekt in Sidi-bel-Abbes und Tlemcen zu geben.

Doch schon bei der Unterzeichnung des 400 Millionen Mark schweren Kontraktes vor zwei Jahren war der spätere Kollaps der Hanseaten programmiert. Durch allzu großzügige Konditionen und unter Mitwirkung eines windigen Bauunternehmers machten die im Auslandsgeschäft völlig unerfahrenen Treuhand-Manager aus dem Mammutauftrag eine Riesenpleite (SPIEGEL 27/1977).

Als die Algerien-Anfänger nach anderthalb Jahren Bauzeit ihren Finanziers Verluste durch selbstverschuldete Verzögerungen und Verteuerungen von rund 360 Millionen Mark eingestehen mußten, drängten die Eigentümer auf ein Ende des Nordafrika-Abenteuers; Anfang Mai räumten die Bremer über Nacht die Baustellen.

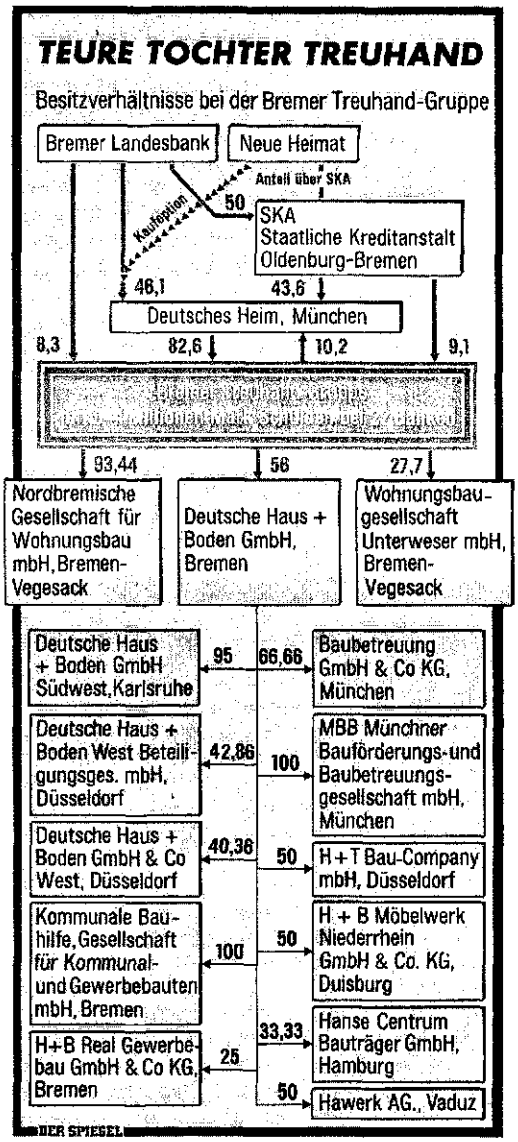
Die auf den Ruinen von Sidi-bel-Abbes und Tlemcen sitzengebliebenen algerischen Bauherren präsentierten vorletzten Dienstag ihre detaillierte Schlußabrechnung. Als Schadenersatz und für zusätzliche Kosten bei der Fertigstellung fordern sie jetzt

- ▷ rund 70 Millionen Mark, die sie bereits ausgezahlt haben,
- ▷ fast 40 Millionen Mark als vertraglich vereinbarte Konventionalstrafe,
- ▷ 25 Millionen Mark aus zwei Bankbürgschaften der BfG,
- ▷ 60 Millionen Mark für die Mehrkosten durch Neuvergabe,
- ▷ rund 15 Millionen Mark pro Jahr für entgangene Miete,
- ▷ 42 Millionen Mark für nicht gezahlte Steuern und Zölle.

Auf Anhieb konnte der von den Nordafrikanern zum Inkasso angeheuerte Wechtenbruch erste Millionen eintreiben: Wenige Stunden vor ihrem Rückflug in die Heimat meldete er seinen Mandanten bereits die volle Auszahlung der beiden BfG-Bürgschaften.

Nach seinem leichten Anfangserfolg will Wechtenbruch nun gegen die Gewerkschaftsbankiers schwereres Geschütz einsetzen. Vor Gericht hofft er weitere Millionen Schadenersatz von der Gewerkschaftsbank zu erstreiten — wegen „fahrlässiger Auskunft" von BfG-Mitarbeitern.

Auf Anfrage aus Algerien hätten die Bremer BfG-Filialmanager Elfers und Graunke vor zwei Jahren der Bremer



Treuhand beste Noten hinsichtlich Finanzkraft und technischer Potenz ausgestellt. So sicher wähnten sich die BfG-Männer in ihrem Urteil, daß sie ihr Zeugnis in den Bauvertrag zwischen dem algerischen Wohnungsbauministerium und der Bremer Treuhand schreiben ließen.

Der erst wenige Wochen zuvor eigens für den Algerien-Auftrag gegründeten Treuhand-Tochter H + T Bau-Company bescheinigte die BfG damals, daß sie „auf ausländische Bauprojekte spezialisiert ist und Fabriken in Bremen und Frankfurt besitzt".

Aber nicht nur die Gewerkschaftsbank steht auf der Klageliste der Algerier. Mangels Masse bei der Pleite-Firma Bremer Treuhand steuert der konkurskundige Wechtenbruch geradewegs Millionenprozesse gegen die finanzstarken Eigentümer an.

Nach Ansicht seiner Mandanten müßten vor allem die Treuhand-Gesellschafter Neue Heimat, Bremer Landesbank und Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen (siehe Schaubild) für die Fehltritte der Treuhand-Manager geradestehen. Denn sie hätten ihre

Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigt.

Der Beweis dürfte kaum allzu schwer fallen. Die Kontrolleure im Verwaltungsrat der Treuhand bauten so vertrauensvoll auf den guten Ruf der Immobiliengruppe, daß sie sich selbst im Krisenjahr 1976 nur einmal von den Treuhand-Managern über die Geschäfte ihrer Firma berichten ließen.

Auch als Betriebsratschef Bernhard Baumeister im Frühsommer letzten Jahres nach tagelangen Recherchen in Nordafrika „die chaotischen Zustände auf den Baustellen" in die Heimat meldete, glaubten die Kontrolleure noch auf ihrem Nikolaustreffen den geschönten Berichten der Treuhand-Manager. Zuversichtlich schrieben sie in ihr Sitzungsprotokoll, Geschäftsführer Peter Schuster sei der Überzeugung, daß „zumindest mit keinem Verlust aus den Algerien-Aufträgen gerechnet zu werden braucht".

Die arglosen Kontrolleure könnten sehr rasch unter verstärkten Druck geraten, weil einer der für das Treuhand-Desaster Verantwortlichen sich bereits deutlich zu distanzieren beginnt. „Wir gehören nicht einmal zu den Aufpassern", wehrt Albert Vietor, Chef der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat, den Vorwurf mangelhafter Aufsicht ab.

Formal hat Vietor recht. Denn die Neue Heimat überließ ihre Rechte aus dem Treuhand-Anteil anderen, zuletzt der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen, die in Personalunion vom Vorstandschef der Bremer Landesbank, Reinhold Entholt, geführt wird. „Die Bonität der beiden Bremer Bankschwestern und die sechs Bankiers im Kontrollgremium der Bremer Treuhand" sind für Vietor Beweis genug, daß sein Haus die Sorgfaltspflicht ernst genommen habe.

Damit wollen die gewieften Hamburger einen bereits vor Vietors Amtszeit geschlossenen Geheimpakt mit dem Bremer Immobilien-Konkurrenten einseitig zu ihren Gunsten ausschlachten. 1959 nämlich hatte der damalige Chef der Neuen Heimat, Heinrich Plett, und der Bremer Treuhand-Pionier Adolf Darjes die gemeinsame Tochter „Deutsches Heim" gegründet. Die Konkurrenten vom Bau vereinbarten, daß die Neue Heimat offiziell nicht in Erscheinung tritt. „Die Bremer", erinnert sich Vietor, „wollten völlig unabhängig erscheinen."

Im vergangenen Herbst dann wollte Vietor selbst im dunkeln bleiben. Als Landesbankier Entholt ihm als Gegenleistung für eine millionenschwere Kapitalhilfe Anteile und Optionen der Treuhand überließ, blieb die Neue Heimat bedeckt und ließ den Besitzwechsel nicht publik werden.

Erst der Kollaps der Bremer und die drohende Klage der Algerier auf Schadenersatz zwangen Vietor aus der Deckung. In einem Rundbrief an Geldgeber und Großkunden der Treuhand-Gruppe bekannte er sich endlich offen zu seiner teuren Tochter.

Mit deren folgenschweren Fehltritten jedoch will er jetzt kaum noch etwas zu tun haben. Noch immer steht nicht fest, wie viele der vom „unvermeidbaren Konkurs der Treuhand" (Vietor) bedrohten Bremer Immobilienfonds von der verschämten Muttergesellschaft übernommen werden. Für mehrere Fonds hat die Neue Heimat bereits jede Betreuung abgelehnt, darunter den Kommanditfonds 32 K, mit dem unter anderem das ehemalige Abschreibungsobjekt Ku'damm-Eck in Berlin finanziert wurde.

Nach dem Reinfall der Treuhänder in Algerien müssen mehr als 10 000

Gewerkschaftsbankier Hesselbach
„Worauf soll man bauen?"

Fondsinhaber um ihre Geldanlage bangen. Seit Mai werden beispielsweise rückständige Mietraten nicht mehr angemahnt.

Vor allem aber fehlen auf den Konten der Haus- und Bodenfonds mindestens 18 Millionen, die von den Treuhand-Managern entgegen den gesetzlichen Vorschriften als Kreditsicherheiten an Banken verpfändet wurden. „Wir geben dieses Geld nicht frei", drohte Louis Storck, Chef der Deutschen Bau- und Bodenbank. Storck und seine Kollegen von der BfG möchten diese Millionen gegen Forderungen an die fallierten Bremer aufrechnen.

Wie schlecht es um einige der ehemals angesehenen HB-Fonds bestellt ist, können ihre ahnungslosen Anteilseigner nur vermuten. In einem vor wenigen Tagen von der Bremer Landesbank und der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen abgefaßten Eilbrief werden die Fondskunden aufgefordert, bis Ende August der Neuen Heimat die erforderliche Verwalter-Vollmacht zu erteilen. „Teilweise" — so gestehen die Bremer Schwestern — seien „Einnahmeminderungen bereits aus Rücklagen aufgefangen" worden.

Auf Beistand ihres mächtigen Hintermannes werden die Bremer Bankiers nicht zählen können. Denn Vietor fürchtet, daß Algerien und die deutschen Gläubiger mit ihrem Durchgriff auf die Treuhand-Kontrolleure aus der Landesbank vor Gericht bestehen könnten. Im kleinen Kreis prophezeite Vietor: „Unsere Konfrontation mit der Bremer Landesbank kommt bestimmt."

Für Vietor selbst steht dabei mehr als der Ruf seines Hauses auf dem Spiel. Nachdem er wegen der Treuhand-Pleite bereits bittere Vorwürfe von seinen Großaktionären aus den Gewerkschaftszentralen einstecken mußte, wird hinter der Hand bereits über mögliche Nachfolger getuschelt.

Nur auf Fürsprache des Bankier-Genossen Walter Hesselbach hin, der im September die Hälfte von Vietors privatwirtschaftlichem Neue-Heimat-Städtebau in seine Gewerkschafts-Holding eingliedert, blieb Vietor zunächst die Sorge um den Arbeitsplatz erspart.

Auch in seiner Attacke gegen die Landesbankiers gibt Hesselbach dem angeschlagenen Vietor Rückendekkung. Nun habe, fürchtet der Gewerkschaftsbanker, auch Bremen seine Landesbank-Affäre, ganz nach Hessenart. Wer sich mit einem Unternehmen einlasse, das von der öffentlichen Hand beherrscht wird, dürfe kein Geld verlieren. „Worauf denn sonst", sinniert Hesselbach, „soll man in diesem Land noch ein Haus bauen?"

LADENDIEBSTAHL

Schmutzige Finger

Müssen ertappte Ladendiebe die auf ihren Kopf ausgesetzte Fangprämie selbst bezahlen? In einem Musterprozeß will der Karstadt-Konzern diese Frage vom Bundesgerichtshof klären lassen.

Urgüla Yilmaz* aus Anatolien war erst wenige Tage in der Bundesrepublik, als das Mißgeschick passierte.

Die hochschwangere Frau schob einen Einkaufswagen durch die Lebensmittelabteilung der Karstadt-Filiale in Hamburg-Barmbek und füllte ihn mit allerlei Eßbarem.

Ein Teil des Proviants allerdings — eine Ochsenbacke, ein wenig Sardellen- und Katenrauchwurst und vier Auber-

* Name von der Redaktion geändert.